



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin Elke Heinrichs**

Donnerstag, 14. Juni 2018

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Finanzielle Kürzung bei der Familienberatung**

Im Wissen um die wichtigen Funktionen der Familie wurde 1974 die Förderung der Familienberatung in Österreich eingeführt. Nach bundesgesetzlicher Vorgabe ist es Aufgabe der Familienberatungsstellen, die körperliche, soziale und psychische Gesundheit von Familien, Paaren und Kindern abzusichern. Die Familienberatung unterstützt demzufolge Familien besonders in Krisen- und Konfliktsituationen (bei Erziehungsproblemen, Streit in der Familie, Misshandlung und Gewalt, in Trennungssituationen etc.). Der gesamte Tätigkeitsbereich der dafür eingerichteten Beratungsstellen gewinnt durch die allgemein wachsenden Belastungen und immer schwieriger werdende Lebensbedingungen in seiner Präventionsarbeit mehr und mehr an Bedeutung.

Dennoch hat die derzeitige Bundesregierung bei den 400 bestehenden Familienberatungsstellen eine Kürzung der Unterstützung aus dem Familienlastenausgleichsfonds um eine Million Euro vorgenommen. Die Kürzung des Budgets für Familienberatungsstellen hat zur Folge, dass diese um 26.000 Beratungsstunden weniger anbieten können. Davon sind 18.000 Familien in Österreich betroffen! Der Dachverband der Familienberatung verweist auf die volkswirtschaftlichen Kosten infolge mangelnder Beratungsmöglichkeiten: Ein Ansteigen von psychischen Folgeerkrankungen (Depression, Angst- und Panikstörungen, Erschöpfungssyndrom, Suchtgiftgefährdung), Aggression und Gewaltbereitschaft ist zu erwarten.

Im Sinne der Volksgesundheit, im Sinne von notwendiger, sinnvoller Prävention und damit 18.000 gefährdete Familien auch weiterhin in ausreichendem Umfang betreut werden können stelle ich daher seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Die österreichische Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg ersucht, die o. e. Kürzungen zurückzunehmen und den Familienberatungsstellen das Budget wieder in der Höhe des bis zum Vorjahr dafür vorgesehenen Rahmens zur Verfügung zu stellen.**